

SYSTEMFEHLER?

FAQ zu EU – Antworten auf häufig gestellte Fragen

Facebook-Notiz von Robert Menasse, 2013

Die Eurokrise führte auch zu einer Existenzkrise der gesamten Europäischen Union. Warum zweifeln die Menschen nach langer Erfolgsgeschichte heute stärker denn je an der europäischen Integration?

Sie halten die Erfolge, so weit sie sie ökonomisch und sozial spüren, für das Ergebnis ihrer eigenen Leistung, ihres Fleißes und ihrer Vernunft. Und die Krise sehen sie als Produkt des Versagens anderer, des Versagens von „Brüssel“ oder „der Griechen“ oder von wem auch immer. Das ist zutiefst menschlich: geht es mir einigermaßen gut, dann denke ich nicht, dass ich gute Rahmenbedingungen hatte, sondern: dass ich fleißig war, ich habe es gut gemacht. Geht es aber plötzlich weniger gut, dann allerdings sind die Rahmenbedingungen schlecht, dann stimmt etwas nicht im Großen und Ganzen, dann muss es Schuldige geben irgendwo anders. Friede und Wohlstand fördern das Ich-Gefühl, Krisen befördern kollektive Wut, ein Wir-Gefühl gegen andere. Das ist die Stunde des Nationalismus, der perfidesten Form jener Wir-gegen-andere-Gefühle. Eine soziale Krankheit, die wie ein Schnupfen beginnt, mit seinen falschen Euphorien allerdings wie der Schnupfen eines Koksers, und als letaler Krebs endet. Die Renationalisierung, die wir in der gegenwärtigen EU-Krise als Opposition erleben, ist auch deshalb logisch, weil die EU ja ein dezidiert nachnationales Projekt ist. Aber dass die wachsende Sehnsucht nach nationaler Souveränität logisch und menschlich verständlich ist, bedeutet natürlich nicht, dass sie vernünftig ist.

Ist die Flucht zurück in den Nationalstaat, in das Kleine und Überschaubare nicht auch ein natürlicher Reflex, wenn das Große für den einzelnen nicht mehr nachvollziehbar und durchschaubar ist?

Die Welt, das Große und Ganze, war für den Einzelnen doch nie durchschaubar, nicht einmal im Neolithikum. Deswegen bastelt sich ja jeder ein Weltbild, in dem er sich auskennt und nach Hause findet. Der Nationalismus ist so ein primitiver Navigator: man taumelt durch das Leben, eine martialische Stimme sagt „Bitte wenden und dann rechts abbiegen!“ – und man denkt, endlich kenne ich mich aus. Tatsächlich ist „Nation“ genauso komplex und schwer durchschaubar wie jedes andere Modell der gesellschaftlichen und politischen Organisation von Menschen. Der Unterschied ist nur, dass wir die historische Erfahrung haben und beherzigen müssten, dass die Nation kriminelle Energie produziert, weil sie Gemeinschaft nicht ohne innere und äußere Feinde oder Konkurrenten herstellen kann. Das Europäische Projekt war die Konsequenz, die aus dieser Erfahrung gezogen wurde. Die Sehnsucht nach Rückkehr in wieder souveräne Nationalstaaten ist daher kein natürlicher, sondern ein geistloser und geschichtsvergessener Reflex. Nun ist aber Geist, beziehungsweise Bewusstsein, Bestandteil der menschlichen Natur. Zumindest als Anspruch...

Führt die Zustimmung zu Nation wirklich automatisch zu Nationalismus? Können wir die Nation und alles, was daran anknüpft, tatsächlich nur mit Blick auf die Irrwege und verheerenden Kriege des 19. Und 20. Jahrhunderts sehen?

Natürlich können wir es auch anders sehen. Das tun ja genug Menschen. Es spricht nichts dagegen – außer eben unsere historischen Erfahrungen. Kann es einen Schweinsbraten ohne Schwein geben? Egal, wie artgerecht Sie ein Schwein halten, am Ende ist es ein Schweinsbraten, je artgerechter, umso mehr! So glücklich und friedlich kann eine Nation nicht sein, ohne dass irgendwann der Nationalismus auf dem Tisch ist. Vor allem in Zeiten ökonomischer Krise entwickeln Nationen aggressive Dynamiken. Sie kündigen Bündnisse auf, revidieren internationale Verträge oder setzen sie außer Kraft – wir sehen das heute besonders deutlich in der Politik von Großbritannien. Und am Ende der Dynamik, wenn so genannte „nationale Interessen“ nicht mehr politisch verteidigt werden können, dann wird versucht, sie militärisch durchzusetzen. Die historische Erfahrung ist, dass dies nie nachhaltig glückt, aber auf jeden Fall größtes Elend produziert, die Vernichtung von Leben,

Infrastruktur und Produktionsmittel. Und in der heutigen, zunehmend vernetzten und verschränkten globalen Situation, ist die Vorstellung, dass eine Nation als so aggressive wie solipsistische Monade ihr „Glück“ findet, völlig absurd. Auch wenn bei „Schönwetter“ der Nationalismus heiter als Patriotismus oder als Heimatliebe erscheint, Nationalismus ist im Licht der Geschichte nicht mehr unschuldig und wird es nie mehr sein. Er ist politischer Missbrauch von Heimatliebe.

Welches Ideal von Europa hatten die Gründerväter der EU, Jean Monnet oder Robert Schuman, vor Augen? Was war ihre Vision? Es ging doch vor allem um Frieden.

Das ist richtig, aber in dieser Formulierung nur die halbe Wahrheit. Monnet hat geschrieben, dass Friedensverträge zwischen Nationen das Papier nicht wert sind, auf dem sie besiegelt werden. Er hatte in seiner Lebenszeit vier Kriege erlebt, alle vier waren nationale Einigungs- und Eroberungskriege. Allen Kriegen sind Friedensverträge vorangegangen. Sein Anspruch war also, wirklichen, nachhaltigen Frieden dadurch zu schaffen, dass der Grund für die Konflikte und Kriege überwunden wird: der Nationalismus, und am Ende die Nation als politische Realität und als Idee, also die Nation, die ihre Interessen, genauer gesagt: die Interessen ihrer Eliten, gegen alle anderen verteidigt. Und wie macht man das? Seine Idee war, dass die Nationen nach und nach immer mehr Souveränitätsrechte an supranationale Institutionen abgeben, bis sie irgendwann absterben. Das ist eine kühne, faszinierende, radikal aufgeklärte Idee, und man muss sie immer mitbedenken, wenn wir über die EU diskutieren, und sollten nicht immer nur „Friedensprojekt“ sagen. Denn bei „Friedensprojekt“ denkt keiner mehr an den Anspruch der Überwindung der Nationalstaaten. Die Idee hat verblüffend weit getragen.

Aber nicht weit genug, wie man heute sieht. Kann es nicht sein, dass wir an einem Punkt angelangt sind, der zeigt, dass sie doch nicht funktioniert?

Halten wir einmal fest: nicht weit genug. Das stimmt. Das ist eben so mit historischen Prozessen. Ein Prozess ist nie eine Abfolge von Momenten, die in sich schon perfekt und glücklich sind. Die nachnationale Entwicklung ist in Europa so weit fortgeschritten, und die Ökonomien der Mitgliedstaaten so weit verschränkt und voneinander abhängig, dass kein Nationalstaat mehr ein Problem alleine lösen kann. Und wer es doch versucht, seine Interessen alleine, gegen andere, durchzusetzen, schadet sich selbst. Das ist gut. Das ist die Idee. Das ist Einschulung in Solidarität. Zugleich aber ist die Entwicklung noch nicht so weit fortgeschritten, dass auftretende größere Probleme wirklich gemeinschaftlich gelöst werden können. Dieses Nicht-mehr-noch-nicht, in dem wir stecken, ist es, was wir heute die Krise nennen. Die Krise ist nicht eine Finanz- und Währungskrise, sondern eine politische Krise. Nationale Interessen einzelner Mitgliedstaaten der EU haben verhindert, dass mit der gemeinsamen Währung, die ein großer Integrationsschritt war, auch die politischen Instrumentarien mitbeschlossen werden, die dazu erforderlich wären: eine gemeinsame Finanz-, Fiskal- und Wirtschaftspolitik. So viel Souveränität wollten dann einzelne Nationalstaaten doch nicht hergeben. Jetzt lernen sie sehr schmerzhaft, dass sie sich durch diese Verteidigung ihrer Souveränität ganz souverän schweren Schaden zugefügt haben. Und jetzt gibt es plötzlich Beschlüsse, die weit über das hinausgehen, das vor drei Jahren für pragmatisch maximal möglich galt. Und dabei wird es nicht bleiben. Man kann es also auch so sehen: Die Krise ist keine Bedrohung für Europa, die Krise bringt das Europäische Projekt weiter.

Was heißt es jetzt, wenn EU-Kommissionspräsident Barroso die Reformdebatte über Europa damit startete, dass er sagte, er wolle nicht den Superstaat Europa, sondern eine Föderation der Nationalstaaten? Man dürfe die Verteidigung der Nation nicht den Nationalisten und Populisten überlassen.

Das ist typisch Barroso. Föderation der Nationalstaaten statt Überwindung der Nationalstaaten ist phantasielos, und peinlich unterwürfig gegenüber dem Europäischen Rat, also den nationalen Staats- und Regierungschefs, die ihn erfunden haben. Er hält das wohl für einen Kompromiss. Ich halte die Anerkennung der besonderen Interessen mancher Nationalstaaten für einen Verrat an der Gemeinschaftsidee. Der natürliche Verbündete des Kommissionspräsidenten wäre das Europäische Parlament, und nicht der Rat.

Ist „mehr Europa“ das Rezept, um sich in einer globalisierten Welt behaupten zu können, wie jetzt vielfach argumentiert wird?

Was immer jetzt „mehr Europa“ konkret bedeutet: diese Frage wird man offensiv diskutieren müssen. Es ist neben der Frage der Demokratisierung der europäischen Strukturen die Diskussion der Zukunft. Und man wird dabei alles in Frage stellen müssen: jeder nickt, wenn er hört „Wettbewerbsfähigkeit in der globalisierten Welt“! Ich finde, man kann statt zu nicken auch einmal den Kopf schütteln – und nachdenken. Zum Beispiel: der europäische Binnenmarkt ist so groß – muss da wirklich die Exportwirtschaft das Maß aller Dinge sein? Oder: der gesellschaftlich produzierte Reichtum ist heute so groß – sollten wir nicht innehalten und über Verteilungsgerechtigkeit nachdenken, statt über noch mehr Wachstum? Und ist Wachstum wirklich Wachstum, wenn es mit Schulden erkaufte wird?

Endet die Überwindung des Nationalstaates zwangsläufig in den Vereinigten Staaten oder, besser gesagt, in den Vereinigten Regionen Europas? Oder muss man letztlich nicht auch ein solches Gebilde im Weltmaßstab mit den USA, mit China oder Brasilien in Frage stellen? Entsteht damit nicht nur ein weiterer Super-Nationalstaat?

Ein Super-Nationalstaat war nie die Idee. Vereinigte Staaten von Europa nach dem Vorbild der USA – das ist als Perspektive völlig retro. Die USA sind das alte europäische Projekt. Was haben die Europäischen Einwanderer in der Neuen Welt gemacht? Klassisch alteuropäisch: Territorium gewaltsam erobert, es durch Bürgerkrieg geeint und dann eine Nation gebildet. Die EU ist das neue Projekt, in jedem Punkt das Gegenteil: Beitritt durch Freiwilligkeit, Harmonisierung durch Verträge und ökonomische Verflechtung, Auflösung der Nationen. Die USA waren Avantgarde im 19. Jahrhundert, die EU ist es im 21. Jahrhundert.

Warum ist die kleine Schweiz so erfolgreich?

Weil sie die EU im Kleinen ist, sozusagen die historische Langzeitstudie im Labor. Eine freie Assoziation von Regionen (Kantone), mehrsprachig, multiethnisch, Friedensprojekt, durch regionale Identitäten ebenso wie durch Weltoffenheit definiert und nicht wesentlich durch Nationalismus, Selbstbewusstsein durch Bürgersinn, und nicht durch Ressentiment.

Haben wir nicht weltweit mit der Globalisierung Strukturen geschaffen, die wir aufgrund ihrer Komplexität nicht mehr beherrschen, sondern die uns immer mehr in Krisen stürzen? Beginnt das nicht bei weltweiten Finanzkrisen und endet in der Ohnmacht der Politik gegenüber dem Klimawandel?

Die Globalisierung ist am Stand der Dinge vor allem ein Gerücht, eine Ausrede für lokalpolitisches Versagen, ein Popanz des geschichtsblinden Denkens. Wenn das durchschnittliche Wachstum des Welthandels ungebrochen so weitergeht, wie in den letzten fünfzehn Jahren, dann werden wir im Jahr 2050 den Stand der Globalisierung des Jahres 1913 wieder erreicht haben. Wirtschaftshistoriker wissen das. Es gibt Bücher darüber. Das Problem ist, dass das Gedächtnis der Menschen keine Erinnerungen und Erfahrungen der Groß- und Urgroßeltern enthält. Das Problem ist nicht die so genannte Globalisierung, das Problem ist vielmehr, dass sie durch nationalistische Kriege und Faschismus 150 Jahre zurückgeworfen wurde.

Müssen wir nicht umgekehrt wieder verstärkt beginnen, in kleineren, überschaubareren Einheiten zu denken?

Das tun wir doch unausgesetzt. Wir definieren uns doch immer über die kleinen Strukturen, in denen wir leben. Die Region, in der wir aufgewachsen sind und sozialisiert wurden, definiert unsere Identität, und nicht die Fiktion der „Nation“. Wir müssen nur lernen, zwei Dinge mit zu bedenken: die Rahmenbedingungen, die ich vernünftigerweise in meiner Region haben will, die Chancen und den Rechtszustand an meinem Lebensort, das ist doch im Interesse aller Menschen auf diesem Kontinent. Es kann doch nicht sein, dass ich in Hinblick auf meine Lebensvoraussetzungen in Neusiedl gemeinsame Interessen mit Menschen in Bludenz habe, aber nicht mit Menschen in Bratislava, im Alentejo oder am Peloponnes. Ich glaube, darauf kann man sich einigen, ohne nationale

Ressentiments. Gerade unter der Voraussetzung der Reise- und Niederlassungsfreiheit auf diesem Kontinent muss doch jeder ein Interesse daran haben, dass überall die selben Rahmenbedingungen herrschen, innerhalb derer sich die Interessen aller, das heißt jedes einzelnen, frei entfalten können. Ich sage Rahmenbedingungen. Das schließt im Einzelnen regionale Unterschiede, die sich innerhalb dieser Rahmenbedingungen auf der Basis verschiedener Traditionen oder Mentalitäten oder anderer Bedingungen herausgebildet haben oder herausbilden, nicht aus. Die Vielfalt innerhalb gemeinsamer Rahmenbedingungen ist der Reichtum Europas, Unterschiede ohne gemeinsame Rahmenbedingungen aber machen aus Europa einen zerrissenen, und in Krisenzeiten aggressiven Kontinent, wie wir wissen.

Und zweitens: die EU ist perspektivisch das System, das ein Leben in überschaubaren Einheiten mit wirksamen Partizipationsmöglichkeiten garantiert: für alle Souveränität, die der Nationalstaat abgibt, bekommt die Region nach dem Subsidiaritätsprinzip viel mehr Rechte zurück.

Wie kann eine europäische Identität entstehen angesichts der großen kulturellen und sprachlichen Unterschiede in Europa, die in den Nationalstaaten nach wie vor kultiviert werden? Die Hoffnung, der Euro oder offene Grenzen könnten identitätsstiftend wirken, sind ja bisher gründlich daneben gegangen. Vielmehr scheint es populär geworden zu sein, die Rückkehr von Grenzkontrollen zu fordern.

Zunächst einmal: Eine gemeinsame Sprache ist der Anspruch eines Nationalstaats, darum geht es in Europa nicht, weil es ja nicht um europäische Nationsbildung geht. Sprachliche und kulturelle Vielfalt sind der Reichtum dieses Kontinents, das produziert Identität am jeweiligen Lebensort. Europäische Identität ist nichts anderes, als die Sicherheit, dass sich der Kontinent als ganzer nachhaltig darauf einigt: Gleichheit der Rahmenbedingungen, Menschenrechte, Rechtszustand, Friede, soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit. Das sind die Pflöcke, die das europäische Projekt begrenzen, dazwischen bewege dich und mache als freier Mensch dein Leben!

Hat man nach dem Fall des Eisernen Vorhangs in der Euphorie die Osterweiterung der EU und die Einführung des Euro zu rasch und nicht gut genug vorbereitet durchgezogen? Was können Lehren daraus sein?

Die so genannte Osterweiterung hat nicht zu schnell, sondern zu langsam stattgefunden. Man hätte sofort Jugoslawien in die EU aufnehmen müssen, zum Beispiel. Ohne zu warten, bis dieses Land in Nationalstaaten zerbricht, um dann die neuen Nationen der Reihe nach aufzunehmen, und damit auch wieder das Gift des Nationalismus. Man hätte sich einen Bürgerkrieg erspart, und man hätte die europäische Union um eine Gemeinschaft erweitert, die Erfahrung mit Supranationalität hat.

Muss Europa viel langsamer, mit seinen Bürgern, wachsen und nicht ohne sie als Projekt der Eliten?

„Die Bürger“, das ist so ein Abstraktum, das politisch nicht handhabbar ist. Wer soll das sein? Die Nationalisten, wenn sie sich camouffieren, reden jetzt vom „Bürger“, so wie sie früher von „Volk“ geredet haben, ein Betrug, dem zufolge die Gattin eines Bankdirektors als Bestandteil des Volkskörpers gemeinsame Interessen mit einer Fabrikarbeiterin habe. Das Ergebnis war bekanntlich, dass Arbeiter auf die Arbeiter anderer Nationen geschossen haben und gemeinsam verreckt sind. Die Frage ist nicht langsam oder schnell, und auch nicht mit oder ohne Bürger. Im Normalfall beschließt doch kein Mensch, ein Projekt langsam umzusetzen, wenn er es auch schnell machen kann. Man macht es so schnell oder langsam, wie es die Bedingungen, die Kräfteverhältnisse, die Möglichkeiten erlauben. Das definiert dann die Geschwindigkeit. Wobei ich der Meinung bin, dass die Phantasielosigkeit der gegenwärtigen politischen Eliten das größere Problem ist, als die Tatsache, dass es wie zu allen Zeiten Eliten gibt, die die politischen Entscheidungen treffen. Kühne politische Eliten hatten ein Projekt auf die Schienen gesetzt – und es einer Generation vererbt, die weder die Geschichte kennt, noch eine Vorstellung von der Zukunft hat, auf die es hinauslaufen soll. Was sich heute Europapolitiker nennt, tritt daher auf der Stelle – und das Blöde ist: er tritt damit das Erreichte mit Füßen.

Ob nun die weitere Vergemeinschaftung langsamer oder schneller voranschreitet, zerstört sie nicht auf jeden Fall die historisch gewachsene Demokratie in Europa? Demokratie hat sich doch mit den souveränen Nationalstaaten herausgebildet, aber je mehr Souveränitätsrechte die Nationen an „Brüssel“ übertragen, desto mehr Gestaltungsmöglichkeiten verlieren die nationalen Parlamente, sie werden gleichsam schrittweise entmachtet – während die Europäische Kommission, die das Gesetzesinitiativrecht in der EU hat, demokratisch nur sehr zweifelhaft demokratisch legitimiert ist.

Erstens gibt es keine historisch gewachsene Demokratie in Europa. Das kann man so nicht generalisieren. In der Mehrzahl der europäischen Staaten wurde Demokratie nie erkämpft, und konnte dann gar nicht „historisch wachsen“. Was wir heute unter „Demokratie“ verstehen, wurde nach Kriegen von Siegermächten in den besiegten Ländern implantiert, oder sie wurde nach der Implosion autoritärer Systeme als Mimikry von den alten politischen Eliten über die alten Strukturen gestülpt, und so weiter. Die europäischen Demokratien sind übersät mit den Muttermalen autoritärer oder feudaler Systeme. Die österreichische Demokratie zum Beispiel ist bis heute geprägt von den Strukturen des austrofaschistischen Ständestaats – also wahrlich nicht so „ideal“, wie heute retrospektiv getan wird, wenn die demokratiepolitischen Defizite in der EU kritisiert werden. Zweitens: selbst wenn die nationalen Demokratien in Europa mehrheitlich idealer wären oder geworden wären, als sie schließlich waren – die nationale Demokratie ist in der Demokratiegeschichte nur eines von vielen Demokratiemodellen, die wir kennen. Eines, das einer bestimmten historischen Epoche entsprach, die nun eben zu Ende geht. Dieses Modell war die theoretisch beste politische Organisationsform zur Organisation politischer Partizipation der Menschen in einem Nationalstaat. Und mit der Überwindung des Nationalstaats geht eben auch dieses Modell unter. Das ist ein ganz normaler historischer Vorgang. Immer wieder sind in der Geschichte demokratische Organisationsformen untergegangen, wenn ihre Voraussetzungen untergegangen sind, so wie zum Beispiel die klassische antike Demokratie, die an ihr Ende kam, als die Sklavenhaltergesellschaft überwunden und von einer neuen Gesellschaftsformation abgelöst wurde. Kein Mensch will die antike Demokratie zurück, nur weil wir im humanistischen Gymnasium gelernt haben, dass sie so schön war – denn kein Mensch will die Sklavenhaltergesellschaft zurück. So können wir alle Epochen durchgehen, in denen demokratische Organisationsformen entwickelt wurden: immer je eigene Modelle, die schließlich wieder verschwunden sind. Das Problem ist nicht, dass die Demokratie, die wir einigermaßen eingeübt haben und die uns vertraut ist, heute erodiert, das Problem ist vielmehr, dass wir noch keine Vorstellung davon entwickelt haben, wie das Modell konstruiert sein soll, das die nationalen Demokratien schließlich ablösen wird. In Europa entsteht etwas historisch völlig Neues: der erste nachnationale Kontinent. Das wird nur funktionieren, wenn wir auch ein neues Demokratiemodell entwickeln, das dieser historischen Entwicklung entspricht. Zu diskutieren, wie eine nachnationale Demokratie ausschauen muss, wie sie organisiert und institutionalisiert werden kann, wird die wichtigste Diskussion der nahen Zukunft sein. Die größten demokratiepolitischen Defizite in der gegenwärtigen Konstruktion der EU wären rasch und einfach zu bereinigen: es stimmt, dass die Europäische Kommission ein Legitimationsproblem hat. Das wäre bereits gelöst, würden die Kommissare vom Europäischen Parlament gewählt. Das erfordert aber auch, dass das Europäische Parlament alle Rechte erhält, die ein entwickelter Parlamentarismus erfordert. Natürlich auch das Herzstück des Parlamentarismus: das Hoheitsrecht über das Budget. Dazu müsste es der EU aber auch möglich sein, ein eigenes Budget zu generieren, statt von „Mitgliedsbeiträgen“ der Nationalstaaten abhängig zu sein, deren Regierungen regelmäßig um Kürzungen ihrer Beiträge kämpfen, um sich gegenüber den Wählern in ihren Nationen als Verteidiger „nationaler Interessen“ darzustellen, die möglichst wenig Steuergeld „nach Brüssel schicken“ wollen, während sie gleichzeitig, wieder im Namen der „nationalen Interessen“ immer höhere Förderungen verlangen, die von Brüssel in die Nationalstaaten zurückfließen sollen. Dieser unproduktive Widerspruch schürt nur Aggressionen, er kann nur durch ein neues Demokratiemodell, das von der Gemeinschaftsidee ausgeht, und nicht von der Idee der Nation, aufgehoben werden. Was man hier auch deutlich sieht: geht man bei der Demokratiediskussion von der demokratischen Legitimation der Kommission aus, dann kommt man zum Parlament, man kommt zu der Frage, welche Rechte ein Europäisches Parlament benötigt, und immer so weiter, man kommt von einem zum anderen, und in jedem Moment sehen wir die Widersprüche zur gewohnten nationalen Demokratie – während unsere Erfahrungen mit der gewohnten nationalen Demokratie es uns auch ermöglichen, eine nachnationale Demokratie nach und nach denken zu können.

Besteht nicht die Gefahr, dass mit dem Transfer nationaler parlamentarischer Rechte nach Brüssel ein zentralistischer Superstaat entsteht, der zu weit vom Bürger weg ist, den definitiv niemand will, und der in Unkenntnis von je lokalen Bedürfnissen und unflexibel gegenüber regionalen Besonderheiten „alles über einen Kamm schert“?

Das will in der Tat niemand, und das ist auch weder der Anspruch, noch ist es in der Dynamik der Entwicklung so angelegt. Faktum ist, dass die nationalen Parlamente bereits rund 80 Prozent ihrer Souveränitätsrechte an die supranationalen Institutionen abgegeben haben. In den verbliebenen 20 Prozent befinden sich noch dicke Brocken, wie eben zum Beispiel das Budgetrecht, die Fiskalpolitik und so weiter. Aber Faktum ist ebenso, dass durch die gegenwärtige Krise auch diese verbliebenen, schwerwiegenden nationalen Rechte durchlöchert, aufgeweicht und schließlich abgegeben werden. Der immer weitergehende Verlust der Gestaltungsmöglichkeiten der nationalen Parlamente führt aber zu einem Zuwachs an Bedeutung und Möglichkeiten für die regionalen Parlamente, für die Landtage. Die nationalen Parlamente werden sterben, die regionalen Parlamente an Bedeutung gewinnen. Der Vorwurf, EU führe zu Zentralismus, die Nation hingegen gewährleiste Subsidiarität, ist absurd. Die Mehrzahl der EU-Mitgliedstaaten, vor allem große wie Frankreich oder Polen, sind radikal zentralistisch organisiert, während die Kommission konsequent in all diesen Staaten konsequent Regionalförderung betreibt. Das Subsidiaritätsprinzip ist im Lissabon-Vertrag festgeschrieben. Es ist noch nicht definiert und ausjudiziert. Das heißt aber auch, dass zum Beispiel die Vision von Leopold Kohr, kleine und miteinander vernetzte demokratische Verwaltungseinheiten (ob wir sie jetzt „Länder“, „Regionen“ oder anders nennen) noch nie in der Geschichte eine so große Chance hatten wie jetzt. Es ist die Aufgabe und die Chance der Landtage und Regionalparlamente, auf diesen Möglichkeiten zu bestehen und ihren Gestaltungsspielraum Schritt für Schritt auszuweiten. Die innere Dynamik der EU gibt den Abgeordneten der Regionalparlamente immer größere Bedeutung als den Abgeordneten des Nationalrats. Wenn den Abgeordneten der Landtage dies bewusst wird, hält die Wirklichkeit nicht stand. Dann kann dieser kühne Traum Wirklichkeit werden: Europa als erster nachnationaler Kontinent der Weltgeschichte, friedlich organisiert in freier Assoziation selbstbestimmter Regionen, innerhalb gemeinsamer, von den Menschenrechten abgeleiteter Rahmenbedingungen, die von den supranationalen Institutionen in Brüssel entwickelt und gehütet werden.

Und wenn eingewendet wird, dies sei idealistisch, dann muss man darauf antworten: immer wieder waren Ideale der Antrieb für die größten Fortschritte der Entfaltung von Freiheit in der Geschichte.

Haben Sie selbst auch Fragen, oder haben Sie nur Antworten?

Alles ist fragwürdig, wert, dass man es hinterfragt. Wir erleben einen Prozess, der immer neue Fragen aufwirft. Zunächst eine Gegenfrage: Haben Sie immer noch Sehnsucht nach einer souveränen Nation auf willkürlich von den Wechselfällen der Geschichte definiertem Territorium, in geschlossenen Grenzen?

Robert Menasse, 2013

<https://www.facebook.com/notes/759114694665532/>